

Rede zu Protokoll

Donnerstag, 27. Oktober 2011

TOP 18: 2./3. Les. des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie im Hinblick auf die Errichtung des Europäischen Finanzaufsichtssystems

Redner: Ralph Brinkhaus MdB (CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

mit der heutigen abschließenden Plenarbefassung und Abstimmung zum Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2010/78/EU vom 24.11.2010 im Hinblick auf die Errichtung des Europäischen Finanzaufsichtssystems verabschieden wir ein weiteres wichtiges Finanzmarktgesetz. Konkret nehmen wir damit Anpassungen an einigen deutschen Aufsichtsgesetzen – darunter unter anderem das Kreditwesengesetz (KWG) und das Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) - vor, um unsere nationalen Aufsichtsstrukturen mit den neuen europäischen Finanzaufsichtsstrukturen zu verbinden und zu synchronisieren. Viel Gestaltungsspielraum blieb uns dabei nicht, da es sich im Wesentlichen um die Umsetzung von zwingenden EU-Vorgaben in nationales Recht handelt.

Im Januar dieses Jahres wurde das neue Europäische Finanzaufsichtssystem, bestehend aus dem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken, den drei Europäischen Finanzaufsichtsbehörden EBA, ESMA und EIOPA, sowie dem Gemeinsamen Ausschuss der Europäischen Aufsichtsbehörden, errichtet. Eine wesentliche Aufgabe dieses neuen Systems ist es, insbesondere die Zusammenarbeit und

Koordination zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden und den europäischen Instanzen zu verbessern. Das ist deshalb wichtig, weil speziell die großen, international tätigen Banken ein internationales Aufsichtssystem brauchen. Nationale Aufsichtsbehörden, die nur isoliert auf ihre eigenen Zuständigkeitsbereiche schauen, entsprechen nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Deswegen wurde auf EU-Ebene die Zusammenarbeit und die Kompetenzen der nationalen und europäischen Aufsichtsinstitutionen in einer sogenannten Omnibusrichtlinie festgeschrieben. Insoweit es durch die mit der Omnibusrichtlinie vorgenommenen Änderungen einer Klarstellung oder Änderung der deutschen Aufsichtsgesetze bedurfte, wurden diese mit dem vorliegenden Gesetz umgesetzt.

Zugegeben – das Gesetz erscheint zunächst wenig spannend und nimmt im Grunde genommen auch lediglich technische Anpassungen vor, die sich streng an den europäischen Vorgaben orientieren. Lassen Sie mich dennoch noch einmal kurz schildern, was wir konkret mit dem Gesetz erreichen werden. Zunächst einmal wird die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in das Europäische Finanzaufsichtssystem mit eingebunden. Das heißt, dass die BaFin mit den europäischen Instanzen intensiver und verpflichtender zusammenarbeiten wird. Dabei wird auch die Deutsche Bundesbank beteiligt, was ich für sehr begrüßenswert halte, denn auch die Bundesbank ist in die laufende Überwachung der Kreditinstitute eingebunden. Des Weiteren werden sämtliche Mitteilungs- und Unterrichtungspflichten, die die BaFin gegenüber der jeweiligen europäischen Behörde hat, konkretisiert. Die BaFin ist dann verpflichtet, diese Informationen, die die europäischen Behörden zur Ausübung ihrer

Tätigkeiten benötigen, wie beispielsweise die Erlaubniserteilung oder – entziehung einer bestimmten Bank oder die Kenntnis über eine Krisensituation eines Instituts, zur Verfügung zu stellen. Damit einher gehen auch die Anpassungen der Verschwiegenheitsverpflichtungen, die für die Beschäftigten der Bundesanstalt und vergleichbarer Personengruppen gelten.

Zudem werden die Verfahren zur Einbeziehung der Europäischen Aufsichtsbehörden im Falle von Meinungsverschiedenheiten bzw. bei ungenügender Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden festgelegt. Das heißt selbstverständlich nicht, dass sich die Europäischen Aufsichtsbehörden in die tägliche Arbeit der Behörden der Mitgliedstaaten einklinken und Entscheidungen für sie treffen können. Es bedeutet aber, dass sie Differenzen zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden verbindlich schlichten könnten, sollten die nationalen Aufseher keine Einigung finden können. Diese Schlichtungsbefugnis gilt aber nur für Bereiche, die in den Richtlinien im Finanzsektor im Einzelnen definiert sind, wie beispielsweise bei Fragen zur Anerkennung Interner Modelle oder die Risikobewertung auf Gruppenebene.

Dies nur vorab – nun aber zur Einschätzung des Gesetzes:

Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass viele von Ihnen befürchten, mit den neuen Europäischen Aufsichtsbehörden und dem Gesetz könnte nun wieder eine Verlagerung von nationalen Kompetenzen auf die europäische Ebene erfolgen. Wir sind uns sehr wohl darüber im Klaren, dass insbesondere die kleinen und mittelständischen Finanzinstitute diese Entwicklung mit Sorge betrachten. Diese Sorge ist aufgrund der in

der Vergangenheit bereits erfolgten Kompetenzverlagerungen auch nicht ganz ungerechtfertigt. Andererseits sehe ich diesbezüglich aber auch keine wirkliche Alternative. Die Finanzwelt ist mittlerweile so stark global vernetzt, dass eine isolierte nationale Aufsicht keinen Sinn macht. Wir müssen daher unbedingt dafür Sorge tragen, dass eine geordnete und systematische internationale Zusammenarbeit zwischen den Aufsehern erfolgt. Finanz- und Kapitalmarktregulierung muss auf ein europäisches Fundament gestellt werden. Im Prinzip wäre es sogar wünschenswert, eine wirklich internationale Regelung – zum Beispiel auf G20-Ebene - herzustellen.

Ich bin im Übrigen der Meinung, dass es falsch ist, immer wieder dafür zu kämpfen, möglichst viele Kompetenzen in Deutschland zu behalten. Das ist eine Auseinandersetzung, die weder zeitgemäß ist noch zu brauchbaren Ergebnissen führt. Wir sollten uns deswegen vielmehr dafür einsetzen, die europäischen Institutionen besser und demokratischer zu machen! Unsere Aufgabe als nationales Parlament muss sein, wichtige Fragestellungen und Entscheidungen auf Augenhöhe mit dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament zu diskutieren. Unser Ziel muss sein, dadurch ein besseres, bürger- und wirtschaftsnäheres Europa auf den Weg zu bringen.

Darüber hinaus gibt es aber noch einen weiteren Punkt, den wir im parlamentarischen Verfahren noch mit diesem Gesetz auf den Weg bringen wollen: Die Anpassung der Vergütungsstrukturen des BaFin-Exekutivdirektoriums. Vorgesehen ist, dass die Mitglieder dieses Direktoriums künftig nicht mehr als Beamte, sondern in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis ihren Beruf ausüben können.

Wie Sie wissen, wird der derzeitige BaFin-Chef noch in diesem Herbst in Rente gehen. Eine Nachfolge muss entsprechend frühzeitig geregelt werden. Sie wissen auch, dass die marktüblichen Vergütungen für Kandidaten, welche diesem Amt gewachsen sind und die die entsprechenden Qualifikationen mit sich bringen, über die derzeitige für dieses Amt vorgesehene Beamtenbesoldungsstufe hinausgehen. Nun kann man sich natürlich fragen, warum diese Regelung dem Gesetz zur Stärkung der nationalen Finanzaufsicht, welches für Anfang nächsten Jahres vorgesehen ist, vorgezogen werden sollte. Im Grunde genommen hätten wir das auch nicht gemacht. Allerdings ist für die Nachbesetzung des BaFin-Postens Eile geboten. Für eine Nachbesetzung zum 1.1.2012 bedarf es schon **vor** In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Stärkung der deutschen Finanzaufsicht einer Rechtsgrundlage für die Zahlung eines von der Beamtenvergütung abweichenden Gehalts. Im Übrigen schaffen wir damit keinesfalls einen Präzedenzfall, denn ähnliche Regelungen wurden bereits bei der Bundesnetzagentur und der Bundesagentur für Arbeit getroffen.

Meine Damen und Herren, wird sind der Meinung, ein gutes Gesetz geschaffen zu haben, was uns wieder ein Stück im Bereich Finanz- und Kapitalmarkregulierung weiterbringt und daher möchte ich Sie auch bitten, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!